

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Republik. 1918-1930
41 (1927)**

14 (18.1.1927)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-544134](#)

41. Jahrgang

Republik

Preis 10 Pfennig

Die "Republik" erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Der Abonnement-
preis beträgt für einen Monat
200 Reichsmark frei Haus,
für Abnehmer von der Zeitung
(Peterstraße 76) 170 Reichs-
mark, durch die Post bezogen für
den Monat 200 Reichsmark.

Norddeutsches Volksblatt - Sozialdemokratisches Organ für Oldenburg-Ostfriesland - Oldenburger Volksblatt

Hauptredaktion: Peterstraße 76
Fernsprecher Nr. 56

Wilhelmshaven-Rüstringen, Dienstag, 18. Januar 1927 * Nr. 14

Redaktion: Peterstraße Nr. 76
Fernsprecher Nr. 56

In Berlin nichts Neues.

Kanzler Marx sondert weiter.

(Berliner Eigenmeldung.) Der geschäftsführende Reichskanzler Dr. Marx empfing am Montag nachmittag um 4 Uhr den Vorsitzenden der Fraktion der Deutschen Volkspartei, Dr. Schulz, und um 5 Uhr die Vorsitzenden der Demokratischen Partei, Koch und Erpfelz. Die Verhandlungen erledigten sich zunächst nur auf häusliche Fragen. Personenfragen sind noch nicht erörtert worden.

Nach dem Empfang der demokratischen Parteiführer empfing der Reichskanzler den Abg. Müller-Franken als Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion. Der Reichskanzler teilte diesem mit, daß die Deutsche Volkspartei nicht zur Großen Koalition bereit sei. Auf die Frage des Abg. Müller-Franken, ob die Parteien, die eine Minderheitsregierung bilden wollen, auf eine Unterstützung von links hinzu neutralität des Kabinetts noch beiden Seiten eingingen bereit sei, erwiderte der Reichskanzler, daß das Zentrum dazu bereit sei, er aber noch nicht wisse, wie die Deutsche Volkspartei zu dieser Frage stehe.

Graf Westarp, der Monarchist.

Korrektiert sich aber nachträglich diplomatisch.

Der Führer der Deutschen Nationalen Partei, Graf Westarp, hat am Sonntag auf der Reichsversammlung der Deutschen Nationalen Volkspartei in Berlin eine Rede gehalten, in der er sich zum alten Monarchismus bekannte. In den Reihen der Regierungsparteien hat diese Rede einen lebhaften Eindruck gemacht, und insbesondere im Zentrum betonten sie sie als eine nachdrückliche Rechtfertigung der ablehnenden Haltung bei den Bekämpfungen des Reichswirtschaftsministers Dr. Curtius aus dem Bürgerblatt. Westarp lehnt jedoch eine solche Wirkung nicht vorausgeahnt. Machthabung wie er und seine Partei nun einmal sind, läßt er am Montag durch die Deutschen Nationalen Freiheitlichen nachträglich den Inhalt seiner Rede wiedergeben, aber nicht, wie sie gehofft wurde, sondern wie er sie gehabt haben will. Dieser sehr engerrichtige nachträgliche Text enthält gegenüber dem vorherigen Telegrafen-Union verbreiteten Inhalt der Rede weitestgehend keine Änderungen.

Die Zweidimensionalität des Großen Westarp ist für die ganze Partei charakteristisch und ein Zeichen dafür, daß diese Partei sich nicht vorwärts in ihrem Wege nicht fortbewegen kann. Sie steht zur Macht und zeigt sich in internen Verhandlungen bereit, sie einzeln Ministerialstellen auf ihre bestehenden Grundlinien zu versetzen, aber im Range und vor der Wählervolkschaft ergibt man sich im gleichen Augenblick in der Möglichkeit, gegen sie zu agieren, wenn sie gegen die Versorgung, Verteilung und den Wohlstand, ebenso wie vor Vercarino so und an diesem Punkt hat sich, wie Graf Westarp am Sonntag in kontinenter Weise nachgewiesen hat, bis heute nichts geändert.

Politischer Prozeß in Paderborn.

(Bielefeld, 18. Januar. Radiodienst.) Vor dem Beurteilung des höchsten italienischen Konsuls explodierte gestern eine Sägemaschine, die allerlei Schaden anrichtete. Nur den Umstand, daß die Zündung der Bombe offenbar zu früh in Tagesfeier trat, ist es zu danken, daß Menschenleben nicht getötet wurden. Von den Tätern fehlt bisher jede Spur.

Der Reichsverband der deutschen Industrie und die Spieghelgewerkschaften werden am Mittwoch im Reichsgerichtssaal die Angeklagte Wöhrlungs auf pro gramm eröffnen. Es ist unzumutbar, wie im Laufe der Verhandlungen auch auf die Fortsetzung einer Mietpreisabschöpfung eingegangen wird.

In den letzten Tagen sind in Bielefeld 180 Spieghel unter den Verdacht staatsfeindlicher Betätigung verhaftet worden. Die Aktion der Polizeibehörden wurde eingeleitet mit der Festnahme von drei Abgeordneten der wehrhaften Minderheit. Gleichzeitig wurde die wehrhafte Organisation, die gegenwärtig über 80 000 Mitglieder zählt, verboten.

Der preußische Landtag tritt heute um 1 Uhr zu seiner ersten Sitzung in neuem Jahre zusammen. Auf die Tagessordnung stehen nur kleine Vorlagen.

Das Leipziger Reichsgericht hat die Revision zum Leiter der Aktenkasten verworfen und bestätigte somit die Todesurteile.

In München spukt es!

Rätsel des 20. Jahrhunderts. - Toller Klomauk in einer Wohnung. - Die

Polizeikommissare werden alarmiert. - Ein liebestolles Dienstmädchen

schreibt „eigenartige“ Liebesbriefe an einen Studenten. - Ein

gelehrter Professor sucht das Geheimnis zu ergründen.

(Eigenbericht aus München.) Die Münchener Polizei hat sich seit Sonntag vormittag mit einer Spukgeschichte beschäftigt, die sich in einer Privatzimmer im Zentrum der Stadt abgespielt hat. Die Wohnung beherbergte als Inhaber eine Witwe und ein seit acht Tagen eingeschlossenes junges Dienstmädchen sowie einen Chemieladen als Untermieter. Am Sonnabend abend gegen 8 Uhr lebte plötzlich ein die ganze Nacht hindurch außer der Tür ein, Polizei und Kommissar der Polizei, Klingeln der elektrischen Glocke, ohne daß jemand an der Wohnung oder Hausluft hand. Durch die Zimmer flögen Segenwände aller Art, die aus der Wohnung kamen, Fenster und Türen, und diese angeblich verschwanden, wurden aufgerissen, Vorgänge die sich auch teilweise wiederholten, als am Sonntagmorgen vormittag Polizeikommissare in die Wohnung eindrangen waren. Bei dem in Gegenwart des hochverstandenen Spitälers, des bekannten Professors Dr. von Schrenck-Nollis vorgenommenen Untersuchung wurden aus den Schränken der zentralen Gegenstände an verschiedenen Stellen der Wohnung alte Blätter gefunden, auf denen teilweise Erwähnungen gegen die Wohnungsinhaberin und auch eigenartige Liebeserklärungen an den

Studenten geschrieben waren, die von dem früheren Dienstmädchen kommen sollten. Schließlich gelang das jähre Dienstmädchen, daß es diese Briefe leicht geschrieben habe. So steht also die Vermutung nahe, daß auch die übrigen Spukerscheinungen durch das Dienstmädchen irgendwie verdeckt wurden. Dabei ist bemerkenswert, daß sich auch der Student wiederholt mit Spukerscheinungen befreit habe. Professor Dr. von Schrenck-Nollis kam mit seinen Gutachten zu der Ansicht, daß es sich bei der ganzen Angelegenheit, die am Montag in ganz München zum Tagesspektakel geworden ist, um einen Fall logenmuster ehemaliger Telefondame handelt, die in den letzten Jahren auch gleichzeitig mit schwierigsten Eingriffen des Mediums verbunden ist. Schrenck-Nollis glaubt, daß wirtschaftliche Phänomene tatsächlich vorhanden sind, wobei die mobile Fähigkeit des Dienstmädchen ausgelöscht und heruntergesetzt wurde durch die hysterische Liebe des Mädchens zu dem Studenten. Durch genaue Erfassung der Tatzeuge wurde festgestellt, daß sich die Vorgänge nur dann abspielten, wenn das Dienstmädchen und auch der Student sich in der Wohnung oben zumindest vor der Wohnung befanden.

Wovon sollen die Industriegemeinden leben?

Von
J. Lohmann, Nordenham.

Mitglied des Landtages.

Keine Ausgabe ohne Geduld, das war ehemals erstes und heiligstes Gebot für jeden Gemeindepolitiker. Im Landtag stand's am Kopf des ABC-Buches. Und steht auch noch heute dort. Wie aber diesen anerkannten Grundsatz heute befolgen? Denn den Gemeinden sind die früheren Möglichkeiten, die steuerliche Belastung auf Einkommen, Real- und Nebeneinkommen zu verteilen, fast eingehaust worden. Durch die Reichsfinanzreform des Jahres 1919 verloren die Gemeinden das allgemeine 200 Prozent gehoben, in den Industriecircons wogen vermehrter Schul- und Armenlasten bis 300 Prozent.

Die oben erwähnte steuerliche Reichsgesetzgebung ist ohne Zweifel ein kurzer Schritt zur Reichsheimheit, da aber die Aufhebung der Länder nicht jetzt möglich war, so ergaben sich Schwierigkeiten steuerlicher und finanzieller Natur, die sich am stärksten auswirkten in den leichten Gleisbahn, den Gemeinden. So mußte der unitaristische Zug der steuerlichen Reichsgesetzgebung auf die Finanzausgleichsgefechte der Jahre 1920 bis 1925 führen, deren Eltern materielle und formelle Aenderungen am stärksten die Gemeinden beeinträchtigten. Die Steuern werden danach von Reichs wegen auf Reich, Länder und Gemeinden verteilt. So entfallen z. B. in diesem Jahre 75 % d. d. des Reichsaufkommens der Einkommen- und Körperchaftsteuer, die Steuern am stärksten auswirkten in den leichten Gleisbahn, den Gemeinden. Nach dem einkommenden Vertrag verbleiben drei Siebentel der Landeskasse und vier Siebentel bleiben den Gemeindeanteil. Nach welchem Schluß dieser Gemeindeanteil errechnet wird, scheint etwas ein Geheimnis der höheren Rejonen zu bleiben.

Es ist also, wie Dr. Karding in seinem tiefschürfenden Vortrag in Wien sagte - ein Dotationsstaat.

Es ist außerordentlich bedauerlich, daß eine leicht zugängliche Übersicht über die finanziellen und steuerlichen Verhältnisse, Einnahmen, Ausgaben und Postungen der oldenburgischen Industriegemeinden nicht vorliegt.

So bleibt als Mittweg nur die Beschrankung auf eine kleine Statistik aus mit industrialem Charakter. In allen Gemeinden mit ähnlichen Verhältnissen wird etwa dasselbe Maßstab liegen.

Im Jahre 1913/14 betrug die Gemeiteuererstattung - das sind Zuflüsse aus Einkommensteuer, Zuflüsse zur Grund- und Gebäudesteuer, former einige wenige Nebeneinkommen und 230 000 Mark. Im Zuflüsse zur Staatlichen Entlohnungsteuer wurden in dem oben genannten Jahre 240 Prozent gehoben. Die Steuer mußte vierfach bezahlt werden. Die Gemeinde konnte also nur bestimmten Zeitpunkten mit bestimmten Summen rechnen. Wie ist es nun 1926/27? In den Voranschlägen sind als Anteil an Einkommen- und Körperchaftsteuer einschließlich 180 000 Mark, an Gelöhnsteuererlöse sind 350 000 Mark vorgetragen, das sind 500 000 Mark mehr als 1913/14, oder 16 Prozent. Berücksichtigt werden muß dabei noch der verschwundene und unrechtmäßige Eingang der Summen. So gingen ein erst am 31. Mai, also 2 Monate nach Beginn des Kalenderjahrs 1900 Mark, am 16. Juni 2500 Mark, am 29. Juni 8000 Mark, am 28. Juli 5000 Mark, am 1. September 14 000 Mark, am 7. September 1800 Mark, am 27. September 12 500 Mark, am 28. Oktober 9000 Mark und am 30. November eine Raddzahlung für die Zeit vom 1. April bis 31. Oktober von 75 000 Mark. Zinsen für die verspätete Zahlung wurden nicht vergütet, wenigstens bislang nicht. Wäre die Summe rechtzeitig zur Auszahlung gekommen, hätte die Gemeinde mit einem monatlichen Mehrbetrag von reichlich 10 000 Mark rechnen können.

Da das Finanzausgleichsgesetz erst spät - Ende Juni - verabschiedet wurde, so konnten andere Steuern erst gegen Oktober bzw. November erst Dezember - zur Hebung kommen. Die Gemeinden waren also schlagartig auf die Leistungen der Einkommen- und Körperchaftsteuer und Umlaufsteuer angewiesen. Die Ausgaben - Gehälter, Wohlfahrt - mußten aber gebürtiglich ab April pünktlich gezahlt werden. Beleidige Frage: Wonon? Nun seien einmal die Ausgaben einander gegenübergestellt. Sie betragen 1913/14 rund 440 000 Mark, dagegen betrugen sie 1926/27 rund 880 000 Mark. Das ist eine Steigerung von 100 Prozent. Man sollte vergleichen: Eine Steigerung der Gelöhnsteuererlöse von 9000 Mark oder rund 10 Prozent, und eine Steigerung der Ausgaben um rund 440 000 Mark oder 100 Prozent.

Aus hat die Wirtschaft ja vor einigen Monaten eingewandt: Die Gemeinden sollen sparen. Hören wir, was der Reichsminister des Innern Dr. Kühl dazu sagt: „Die Abneigung der Wirtschaft gegen die Gemeindesörper und deren Wirtschaft ist eine Erbcheinung, die immer dann wiederkehrt, wenn es der Wirtschaft schlecht geht.“

Die Wirtschaft sagt: Ihr Ohr Gemeinden arbeitet zu viel aus dem Polen, ihr darf auch dies und das und ihr erhält zuviel an Steuern. Ich glaube aber, man darf der Wirtschaft folgendes sagen: Wenn Steuern haben die Handelskammern im Frieden erhoben und wieder abheben sie heute? Wie viele Steuern und Direktoren hat die Wirtschaft vor dem Kriege gehabt und wieviel hat sie heute? Wie groß waren die Gehälter der Syndici und Direktoren vor dem Kriege und wie groß sind sie heute? Ich mache mich unhöflich, dann jeder Deutsche würde und wieviel Steuern sie haben. Der prozentuale Vergleichscoefficient zur Vorriegszeit würde so sein, daß sein Syndikat der Industrie das Bedürfnis haben würde, das Thema weiter zu behandeln. 70-80 Prozent unserer gelöhnsten Tätigkeit liegen im Interesse der Wirtschaft.“ Soweit Dr. Kühl.

„Man kann - sagt Oberbürgermeister Dr. Wagner, Bremen - es verkehrsrechtlich die Wirtschaft vor anstrengende Verhältnisse heben, die durch die Verhältnisse des Wahlkreises aller Bürger über 20 Jahre entstanden sind, sonstigen etwas deprimiert führt, denn früher beim Dreißigjährigen Krieg war diese Vertretung der Wirtschaft natürlich stark, denn darüber sie ja auf den Weltmarkt aufgeschaut. Das ist nun weggefallen und man kann es daher verstehen, daß man auf dem Umweg



